

Leitlinien Ordnung und Sicherheit

DIE LINKE Leipzig

DIE LINKE.

1 Zur Situation von Ordnung und Sicherheit in Leipzig

Seit Jahren ist Leipzig die sächsische Kriminalitätshauptstadt. Die einschlägigen offiziellen Statistiken belegen einen steten Anstieg von Kriminalitätsdelikten. Hingegen ist die Aufklärungsrate von Straftaten im Vergleich zu den anderen sächsischen Großstädten wesentlich geringer. Während Chemnitz hinsichtlich der Aufklärungsrate in einem bundesweiten Ranking den 3. Platz belegt, rangiert Leipzig erst an 31. Stelle. In unserer Stadt werden bislang lediglich 51 Prozent der Straftaten aufgeklärt, in Chemnitz sind es hingegen fast zwei Drittel.

Es ist daher nicht verwunderlich, wenn in repräsentativen Bürgerumfragen das Bedürfnis der Leipzigerinnen und Leipziger nach persönlicher Sicherheit inzwischen an erster Stelle rangiert. Obwohl Kriminalität alle Generationen betrifft und inzwischen wegen des demografischen Wandels auch stärker bei Älteren auftritt, ist sie jedoch bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen überdurchschnittlich. Selbst Kinder werden mittlerweile zunehmend kriminell.

Für uns ist es zudem gerade in einer Stadt reicher Traditionen und Weltoffenheit erschreckend, dass Straftaten mit rechts motiviertem und rassistischem Hintergrund weiter zugenommen haben.

Dass diese Belastungen zu einer Einschränkung der Lebensqualität der in Leipzig Lebenden führen, liegt auf der Hand. Neben der Landespolitik ist daher auch die Kommunalpolitik gefordert, die notwendigen Schlussfolgerungen zu ziehen und vor allem tragfähige Handlungsalternativen zu entwickeln.

Obwohl die Lage oft durch einseitige und tendenziöse Berichterstattung zusätzlich dramatisiert und von konservativen politischen Kreisen für ihre Zwecke missbraucht wird, bleibt sie dennoch besorgniserregend. Wir dürfen dieses so sensible Politikfeld, das die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt bewegt, nicht der CDU überlassen, deren Rezepte sich gerade in Leipzig als völlig untauglich erwiesen haben. Wer, wie die Konservativen meinen, wachsender Kriminalität in erster Linie durch Ver-

schärfung der Gesetze und durch rigoroseres Handeln von Polizei und Justiz eindämmen will, wird vielleicht sogar bei Teilen der Bevölkerung scheinbar den Eindruck eines größeren Sicherheitsgefühles hinterlassen, aber nie und nimmer zu den Wurzeln zunehmender Kriminalität vordringen oder sie sogar beseitigen. Für DIE LINKE enden solche Beschränkungen immer dort, wo es zu Eingriffen in Grund- und Persönlichkeitsrechte, einhergehend mit einem gleichzeitigen Demokratieabbau kommt.

Für DIE LINKE steht Prävention eindeutig im Zentrum ihrer Ordnungs- und Sicherheitspolitik. Prävention meint für uns nicht die Vorverlagerung staatlicher Eingriffsbefugnisse, z. B. durch Videoüberwachung oder verdachtsunabhängige Kontrollen, sondern einen Beitrag zum Abbau von Unsicherheit und zu mehr sozialer Teilhabe. Auch wir sind für eine angemessene Präsenz von Polizei- und Ordnungskräften vor Ort. Deshalb haben wir uns sowohl im Sächsischen Landtag als auch im Leipziger Stadtrat stets gegen einen Abbau von bürgernahem Sicherheitspersonal ausgesprochen und werden dies auch künftig mit aller Konsequenz tun. Sicherheitspolitik bedarf zudem auf allen Ebenen einer breiten gesellschaftlichen und vor allem öffentlichen Mitwirkung und Kontrolle.

2 Ursachen der Kriminalität

Bei der Wertung der sicherheitspolitischen Situation in Leipzig und den notwendigen Schlussfolgerungen ist zu berücksichtigen, dass sich die realen und gesellschaftlichen Ursachen für Kriminalität kaum von denen anderer sächsischer Großstädte wie Chemnitz oder Dresden unterscheiden. Auch die Kriminalitätslagebilder differieren nur gering. Das ergibt sich aus den im Wesentlichen gleichen oder zumindest ähnlichen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die wesentlich durch die von den bisherigen CDU-geführten Landesregierungen zu verantworten sind. Allerdings gibt es zwischen den genannten Städten erhebliche Unterschiede in der ökonomischen und sozialen Lage. So hat sich Leipzig den traurigen Ruf als sächsische, ja als deutsche Armutshauptstadt erworben. Das spiegelt sich u. a. in Folgendem wider:

- Die Armutsquote liegt in Leipzig mit 27 Prozent über der bundesdeutschen von 15 und der sächsischen von 20 Prozent.

- Weit über dem Durchschnitt ist in Leipzig die Armutsquote bei Kindern mit ca. einem Drittel, während sie in Sachsen ein Viertel beträgt.
- Leipzig hat nach wie vor den vergleichsweise höchsten Stand an Arbeitslosigkeit in Sachsen und einen hohen Sockel von Langzeitarbeitslosen, der sich z. T. bereits auf die nächste Generation vererbt hat.
- Der Anteil derer, die in Leipzig ohne Abschluss die Schule verlassen, beträgt ca. 15 Prozent und markiert damit den negativsten Wert in Sachsen.
- Die mit der prekären Haushaltslage begründete Schließung von Kultur- und Freizeitstätten sowie die Umsetzung fraglicher Konzepte in der Jugendhilfe erwiesen sich als Irrweg mit bereits jetzt sichtbaren Folgeschäden.

3 Grundsätze linker Ordnungs- und Sicherheitspolitik

DIE LINKE geht nicht davon aus, dass Arbeitslosigkeit und Armut die Betroffenen zwangsläufig in die Kriminalität führen. Aber erwiesen ist vom Grundsatz her: Prekäre soziale Verhältnisse und insbesondere ungerechte Verteilungsstrukturen sind letztlich ein Nährboden für Kriminalität. Dieses Bedingungsgefüge kann allein im Rahmen einer Kommune nicht radikal aufgebrochen werden, zumal vor allem die wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen vom Land und noch mehr vom Bund gesetzt werden. So lässt sich ein armutsfester Mindestlohn allein in Leipzig nicht verordnen oder Hartz IV allein in einer Kommune abschaffen. Aber eine Bindung der Vergabe städtischer Aufträge an die Zahlung existenzsichernder Löhne ist möglich, wird aber bislang zu wenig praktiziert; und Leipzig müsste auch nicht sächsischer Spitzenreiter bei der Verhängung von Sanktionen durch das Jobcenter sein, zumal damit der Verfassungsgrundsatz der Existenzsicherung verletzt wird.

Der Kriminalität muss in erster Linie, vor allem durch die Veränderung sozialer Rahmenbedingungen, entgegengewirkt werden. Zunächst bedeutet das allerdings, die Leipzigerinnen und Leipziger über die wirklichen Ursachen wachsender Kriminalität zu informieren. Mit diesem Ansatz unterscheiden wir uns grundsätzlich von den konservativen Kräften, die die Hauptursachen für Kriminalität nicht aus den objektiven gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ableiten, sondern auf subjektives Versagen Einzelner oder besten-

falls bestimmter gesellschaftlicher Gruppen zurückführen. Aus dieser völlig anderen Sicherheitsphilosophie stoßen sie dann freilich nicht zur Erkenntnis vor, dass ein Durchbruch beim Kriminalitätsabbau letztlich die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse zur Voraussetzung hat. Stattdessen solle vor allem ein „härteres Durchgreifen“ zu mehr Sicherheit führen.

Konservative beklagen im Zusammenhang mit Ordnung und Sicherheit zudem einen Werteverfall in unserer Gesellschaft. Sie gehen dabei natürlich von ihren Wertvorstellungen aus, die allerdings mit den gewordenen Realitäten meist recht wenig zu tun haben. Wer etwa an einem gegliederten Schulsystems, welches frühzeitig aussortiert, festhält, wird kaum tragfähige Lösungen für die Probleme von heute und morgen anbieten können.

Dennoch kommt auch DIE LINKE nicht an der Tatsache eines Werteverfalls vorbei, wengleich sich unsere Wertevorstellungen gravierend von denen der CDU unterscheiden.

Wir setzen uns dafür ein,

- dass zwischenmenschliche Beziehungen nicht weiter von einer „Macht-Geld-Politik“ verdrängt werden,
- dass notwendige Solidarität nicht durch rücksichtslosen Egoismus ersetzt wird,
- dass wir uns mehr an Menschen aus den verschiedenen Lebensbereichen, die sich durch eine humanistische Grundeinstellung auszeichnen, orientieren sollten,
- dass Achtung vor dem Leben und der Würde des anderen oberstes Gebot ist;
- dass jegliche Formen von Gewaltlosigkeit bei Konfliktlösungen zu unterstützen sind,
- dass unsere sensible Zuwendung vor allem Kindern, älteren und Menschen mit Beeinträchtigungen und Personen mit Migrationshintergrund gelten muss und
- dass der Schutz des persönlichen Eigentums garantiert bleibt.

Bürgernahe Polizei- und Ordnungskräfte betrachten wir als einen wichtigen Garant dafür, dass sich Menschen in unserer Stadt wohlfühlen können. Die Polizei kann jedoch das, was an sozialen Konflikten existiert, nicht im Nach-

hinein auflösen. Ebenso wenig kann sie Fehlentwicklungen in Bildung und Erziehung beheben. Deshalb darf Politik Polizei- und Ordnungskräfte nicht in die Rolle einer Reparaturkolonne für eigenes Versagen drängen.

Polizei- und Ordnungskräfte stehen aus unserer Sicht nicht außerhalb unserer Stadtgesellschaft. Sie sollten sich vor allem den Bürgerinnen und Bürgern verpflichtet sehen und sich nicht politisch instrumentalisieren lassen. Wir unterstützen deren Tätigkeit, soweit es um die Gewährleistung persönlicher und kommunaler Sicherheit, um die Vorbeugung und Aufklärung von Straftaten sowie die Verfolgung von Straftäterinnen und Straftätern geht. Wir lehnen polizeiliches Handeln dann ab, sobald dieses auf die „Lösung“ sozialer oder politischer Probleme zielt.

Vom Freistaat Sachsen erwarten wir, wesentlich aktiver für die persönliche Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger zu sorgen. Das ist unabwendbarer Bestandteil der Daseinsvorsorge. Stattdessen zieht sich die amtierende sächsische Staatsregierung immer mehr aus dieser, ihrer Verantwortung zurück, indem Personal abgebaut und auch in Leipzig das Netz von Polizeistützpunkten immer mehr ausgedünnt wird. Es bleibt aus unserer Sicht dabei: Polizeiliche hoheitliche Aufgaben im Rahmen der Gewährleistung von öffentlicher Ordnung und Sicherheit in der Kommune sowie bei der Verbrechensaufklärung und der Kriminalitätskontrolle dürfen nicht auf private Sicherheitsdienste übertragen werden. Persönliche Sicherheit darf nicht weiter zur Ware und zur Zweiklassengesellschaft verkommen, die sich nur jene leisten können, die über entsprechende Einkommen verfügen.

Gleichzeitig beobachten wir mit Besorgnis, dass sicherheitspolitische Interessen immer stärker Einfluss in zahlreichen zivilgesellschaftlichen Bereichen gewinnen. Dies betrifft Kooperationen zwischen wissenschaftlichen Institutionen und Militär oder Polizei, den Versuch der Etablierung des Verfassungsschutzes als Bildungsträger, aber auch die schleichende Normalisierung von Videoüberwachung des öffentlichen Raumes oder von Verkehrsmitteln. Auch die Extremismusklausel, die zivilgesellschaftliche Träger unterzeichnen müssen, wenn sie öffentliche Fördermittel beziehen wollen, ist ein staatliches Instrument, um Demokratie autoritär einzuhegen und kontrollierbar zu machen.

DIE LINKE setzt diesen Tendenzen den Anspruch auf eine lebendige, freiheitliche Demokratie entgegen, in der Konflikte ausgehandelt, statt „autoritär“ gelöst werden. DIE LINKE spricht sich gegen die Einflussnahme von Sicherheitsbehörden auf Zivilgesellschaft, Bildungswesen und Wissenschaft aus. Menschenverachtende Einstellungen ziehen sich auch in Leipzig quer durch alle Bevölkerungsschichten und haben negative Auswirkungen auf die Sicherheit von Menschen, bis hin zur Bedrohung ihrer körperlichen Unversehrtheit.

Rechtsmotivierte und rassistische Gewalt beginnt nicht erst bei tätlichen Angriffen. Schon Diskriminierung und Alltagsrassismus schränken das Leben der Betroffenen erheblich ein.

DIE LINKE appelliert an jede Leipzigerin und jeden Leipziger, selbst Courage zu zeigen und sich vor allem für Hilfebedürftige einzusetzen. Deshalb treten wir gegen jegliche Formen des Neofaschismus, Rassismus, Sozialdarwinismus und Homophobie auf. Menschen, die wegen ihrer Herkunft oder ihrer Behinderung diskriminiert werden, erfahren unsere tätige Solidarität. Jegliche individuelle Gewalt oder Selbstjustiz, aber auch den Missbrauch staatlicher Gewalt, lehnen wir ab.

4 Kommunalpolitische Lösungsvorschläge

4.1 Prävention durch Schaffung besserer sozialer und kultureller Bedingungen

Für DIE LINKE verstehen sich Ordnung und Sicherheit nicht als Fachressort, das losgelöst von anderen Bereichen der Stadtgesellschaft betrachtet werden könnte.

Wir setzen uns ein für:

- die Verbesserung der Wohnsituation für Jugendliche und junge Familien und unterstützen dabei auch ausdrücklich alternative Wohnformen;
- die Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur in bislang benachteiligten Ortsteilen;
- die stärkere Förderung von benachteiligten Kindern und Jugendlichen in Schule und Ausbildung;

- ein größeres Gewicht des Erziehungsauftrages an Schulen;
- den Erhalt und die Neueinrichtung sowie die personelle Absicherung von Freizeit- und Begegnungsstätten;
- die Unterstützung von Vereinen und Verbänden, insbesondere jenen, die in der Selbsthilfe- und Opferberatung tätig sind.

4.2 Prävention durch Berücksichtigung in der Stadtplanung und bei Bauvorhaben

Bislang wurden bei Stadtplanung und Bau Aspekte von Ordnung und Sicherheit viel zu wenig beachtet. Das muss sich ändern.

Wir setzen uns ein für:

- den Verzicht auf Monofunktionalität, um durch das Vorhandensein von Wohnungen, Läden und anderen Gewerbeeinrichtungen die Anwesenheit von Menschen zu unterschiedlichen Tageszeiten zu gewährleisten;
- die Vermeidung von funktionslosen städtischen Räumen durch Belebung von Plätzen und verwahrlosten Brachflächen;
- den Verzicht auf verdeckte Zugänge, tote Winkel und Durchgänge, um die Einsehbarkeit zu sichern;
- einen Verzicht von Videoüberwachung im öffentlichen Raum;
- die ausreichende Beleuchtung von Straßen und Haltestellen;
- die Ausdehnung des Winterdienstes auf Nebenstraßen;
- eine bessere Koordination und Sicherung von Baustellen;
- die Gestaltung von Eingangszonen und Grünanlagen in Wohngebieten.

4.3 Polizeipräsenz und Einsatz von Bürgerpolizistinnen und Bürgerpolizisten

Viele Bürgerinnen und Bürger beklagen zu Recht, dass die Polizeipräsenz in den Ortsteilen abgenommen hat und viel zu lange Zeit vergeht, bevor Einsatzkräfte bei Gefahr vor Ort eintreffen.

Wir setzen uns ein für:

- die Rücknahme des Stellenkürzungsprogramms der sächsischen Polizei;

- die Aufarbeitung der bisherigen Erfahrungen aus der Tätigkeit von Bürgerpolizistinnen und Bürgerpolizisten;
- die Schaffung weiterer Stellen von Bürgerpolizistinnen und Bürgerpolizisten unter Beachtung von Ortsteilen mit Kriminalitätsschwerpunkten;
- die Erhöhung der Zahl der Polizeistreifenfahrten und Fußstreifen;
- den Erhalt von kriminalpolizeilichen Beratungsstellen mit verhaltensorientierten und sicherheitstechnischen Angeboten;
- die Kennzeichnungspflicht von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten.

4.4 Aktive Einbeziehung der Leipzigerinnen und Leipziger

Wenn Leipzigerinnen und Leipziger das Bedürfnis nach mehr persönlicher und öffentlicher Sicherheit besonders hoch ansiedeln, dann muss darauf auch mit ihrer umfassenderen Einbeziehung in entsprechende Entscheidungsprozesse reagiert werden.

Wir setzen uns ein für:

- wesentlich mehr öffentliche Veranstaltungen und Debatten, wo Sicherheitsprobleme nicht nur angesprochen, sondern auch Lösungsvorschläge der Bürgerinnen und Bürger ernst genommen werden;
- die Einbeziehung von mehr Vertreterinnen und Vertretern aus solchen Institutionen wie Stadeltern- und Schülerrat, Obdachloseninitiativen, freie Träger aus dem Sozial- und Jugendbereich in die Tätigkeit des Kriminalpräventiven Rates;
- die Bildung von Sicherheitsaktivs vor Ort, die bei den Stadtbezirksbeiräten angebunden sein könnten und
- die Aufwertung der existierenden Schiedsstellen, damit sie noch mehr zur Entlastung von Polizei und Justiz beitragen können.

4.5 Erhöhung der persönlichen Sicherheit im Straßenverkehr

Der Straßenverkehr hat in den letzten Jahren erheblich zugenommen, ohne dass unsere Stadt darauf ausreichend vorbereitet gewesen wäre. Bei allen

entsprechenden Problemlagen muss es uns gelingen, die unterschiedlichen Interessen wenigstens einigermaßen in Einklang zu bringen.

Wir setzen uns ein für:

- mehr verkehrserzieherische Angebote in Kindertageseinrichtungen und Schulen;
- verstärkte Verkehrskontrollen, um Rowdytum, Raserei, Verantwortungslosigkeit und Fahren unter Alkohol und anderen Drogen zurück zu drängen;
- die Senkung der Promillegrenze auf 0,0;
- die konsequente Ahndung von Fahrzeugführerinnen und Fahrzeugführern, die Blindenleitstreifen, Bordsteinabsenkungen und Radwege zuparken;
- die Förderung des Fahrradverkehrs durch den weiteren Ausbau des Wegenetzes, um den Fahrradverkehr auf Fußwegen weitgehend auszuschließen und
- den Schutz von Fußgängerinnen und Fußgängern, insbesondere von Kindern sowie älteren und Menschen mit Beeinträchtigungen.

4.6 Entkriminalisierung des Drogenkonsums und Zurückdrängung der Beschaffungskriminalität

Der Umgang mit sogenannten illegalen Drogen bewegt nach wie vor viele Menschen in unserer Stadt. Das Thema wird vor allem von konservativen Kräften missbraucht, um Betroffene zu kriminalisieren, anstatt Hilfebedürftige, einschließlich Alkohol- und andere Suchtabhängige, zu unterstützen.

Wir setzen uns ein für:

- einen sachgerechten Umgang mit diesem Thema durch fundierte Analysen mit wissenschaftlicher Begleitung;
- den Ausbau des Netzes der Suchtprävention;
- die Unterstützung von Hilfe- und Beratungsinitiativen, darunter jenen mit niederschwelligen Angeboten;
- die konsequente Umsetzung des Jugendschutzgesetzes in Leipzig und
- die Begleitung von Menschen nach Entwöhnungsbehandlungen bei der Suche nach Wohnraum und Arbeit.

Die Einrichtung von Alkoholverbotzonen lehnt DIE LINKE ab.

www.dielinke-leipzig.de